Eine Stimme aus dem belgischen Bürgertum.

Die Indépendance belge, ein gemäßigt liberales Blatt, das zur Zeit in London erscheint, veröffentlicht in seiner Nummer vom 2. März einen Artikel von Henri Lambert, maitre de verreries à Charleroi (Glashüttenbesitzer in Charleroi), der zuerst in dem englischen liberalen Organ Manchester Guardian erschienen ist. Wir haben die betreffende Nummer des Manchester Guardian nicht erhalten, stützen uns also im folgenden auf die französische Uebersetzung der Indépendance belge. Der Aufsatz scheint uns wichtig zur Beurteilung der Anschauungen belgischer Kreise über Ursprung und Ziel des Krieges. Daß es nicht nur die Ansichten des Herrn Lambert sind, die in der Ind. belge vertreten werden, geht wohl daraus hervor, daß das belgische Blatt den Artikel ohne Kommentar wiedergibt. Wir geben die Aeußerung also als eine gewichtige Stimme vom Auslande, ohne uns ihren Inhalt in allen Stücken zu eigen zu machen, so daß sich auch eine Kritik erübrigt. Sie müßte zudem auf heute verbotene Gebiete führen.

Henri Lambert bedauert, daß Deutschland nicht bei der Kriegserklärung frei und kategorisch das Motiv und das Ziel seines Unternehmens aufgestellt habe. Wäre das geschehen, so würde der Krieg „nicht mehr als fünf oder sechs Monate gedauert haben — wahrscheinlich wenigstens". Es sei kein Zweifel, daß der wahre Grund des Krieges der Wille Deutschlands war, auf jeden Fall und mit allen Mitteln einen „Platz an der Sonne" zu erobern. Aus diesem Willen sei die Entwicklung des militärischen Geistes, der Rüstungen zu Lande und zu Wasser hervorgegangen, und aus ihm sei auch der gegenwärtige „deutsche Krieg" herzuleiten.

Verglichen mit den von Großbritannien, Frankreich, Rußland, den Vereinigten Staaten, Holland und Belgien besetzten „Plätzen an der Sonne" sei, besonders wenn man das Wachstum und die Bedeutung der Bevölkerung, der Industrie und des Handels der verschiedenen Länder in Betracht ziehe, der Anteil Deutschlands unbedeutend gewesen. Zudem seien die „sicheren Märkte" Deutschlands infolge der drohenden Wandlung oder Entwicklung zum Protektionismus in verschiedenen großen Ländern mehr und mehr eingeschränkt worden.

Deutschland hatte also, meint Herr Lambert, vor dem Kriege eine der ernstesten Angelegenheiten der aufmerksamen Prüfung der andern Nationen zu unterbreiten. Es hatte Gründe, Erleichterungen für seine koloniale Expansion zu verlangen, aber besser Garantien für die ökonomische Gleichheit und die Freiheit des Handels in seiner kolonialen Domäne. Sicher hatte sich Deutschland nicht über das freihändlerische England zu beklagen, wohl aber über die Unterstützung, die England der protektionistischen Politik kolonialer Expansion in Frankreich und Rußland angedeihen ließ.

Die Gründe für das Schweigen Deutschlands über diese realen Forderungen seien verschiedene gewesen. Erstens seien seine Staatsmänner und seine Professoren auf einem Standpunkt der Entwicklung stehengeblieben, der an die materiellen und selbst an die moralischen Gewinne von Eroberungen glaube und sich der Erkenntnis der Vorteile einer auf internationalem Zusammengehen unter der Herrschaft wirtschaftlicher Freiheit basierten Zivilisation verschließe. Zweitens gebe es in Deutschland mehr als in den andern Ländern mächtige politische Parteien im Dienst der Interessen der protektionistischen (schutzzöllnerischen) Privilegien. Drittens seien die deutschen demokratischen Parteien, was diese wichtige Seite der internationalen Frage angehe, auch weniger aufgeklärt als die demokratischen Parteien der andern Länder.

So sei es gekommen, daß Deutschland an dem fatalen schutzzöllnerischen und — konsequenterweise — militaristischen Irrtum festhielt.

Wenn aber Deutschland seine Kriegserklärung mit einer Bekanntgabe der Gründe, die es zum Krieg führten, und seines Kriegszieles verbunden hätte, so würde sofort in den kriegführenden und neutralen Ländern eine umfangreiche Diskussion entstanden sein, die Licht verbreitet hätte. In allen Staaten, Deutschland eingeschlossen, würde sich eine aus unterrichteten, gewissenhaften, ernsten Leuten gebildete Mehrheit für die zuerst gekennzeichneten deutschen Forderungen gebildet haben, die jedoch mit nicht geringerer Kraft den deutschen Krieg verurteilt hätte. Man wäre sicherlich zu einem Uebereinkommen gelangt, „zu einer Konvention des kolonialen freien Austausches, oder zum allerwenigsten der allen gewährten Gleichheit der Behandlung in den kolonialen Besitzungen Großbritanniens, Frankreichs, Rußlands, der Vereinigten Staaten und natürlich Deutschlands sei.st.

Dadurch hätte man vielleicht die koloniale Expansion Deutschlands erleichtert. Man hätte aber auch Gelegenheit gehabt, Deutschland zu bestimmen, eine Politik der Freiheit zum mindesten der ökonomischen Gegenseitigkeit von Hauptstadt zu Hauptstadt (de métropole à métropole) zu adoptieren.

Deutschland habe es leider unterlassen, eine ähnliche Haltung anzunehmen.

„Ist es zu spät, um Europa und die Menschheit zu retten?"

Solange es in den kriegführenden oder neutralen Ländern vernünftige Leute gäbe, die die Autorität haben, die eine große moralische und politische Situation verleiht, sei nicht alles verloren . . . Die ökonomische internationale Gerechtigkeit sei die einzige „strategische Verteidigung" zwischen den fortgeschrittenen Nationen, sie sei die einzig wahre, die einzig mögliche internationale Sicherheit.

„Wir fragen, um zu schließen: Ist es nicht Tatsache, daß, um nicht den Krieg bis zur Vernichtung der einen oder andern der beiden kriegführenden Parteien fortzuführen — was die Erschöpfung und den Ruin der andern Partei, den wahrscheinlichen Tod von 50 bis 100 Mill. Europäern, die Herabdrückung der Zivilisation bedeutete — in der gegenwärtigen Situation nur drei Auswege bleiben: 1. Gebietsabtretungen, 2. Bezahlung von Kriegsindemnitäten, 3. vernünftige wirtschaftliche Vereinbarungen? Daß die beiden ersten Auswege ungangbar sind und bleiben werden, bedarf keiner Beweise mehr. Wann werden sich die kriegführenden Staaten entschließen, einzusehen, daß nur der dritte offenbleibt? Staatsmänner, die ihr für die Geschicke Europas verantwortlich seid, hütet euch wohl, den dritten Ausweg endgültig zu verschließen."

Vermischte Kriegsnachrichten.

Suchomlinow. Der ehemalige russische Kriegsminister, Reichsratsmitglied Suchomlinow, ist durch einen Kaiserlichen Erlaß seiner Funktionen als Reichsratsmitglied enthoben worden.

Beschlagnahme Pariser Zeitungen in Tunis. Nach Petit Parisien wird der Abgeordnete Blunsen die Regierung darüber interpellieren, kraft welcher Rechtsätze und unter welcher Autorität im Protektorate von Tunis zur Beschlagnahme von Pariser Zeitungen geschritten worden sei.

Tuchdiebstähle. Matin zufolge sind in Marseille umfangreiche Tuchdiebstähle in den Heeresmagazinen entdeckt worden, die von einer Militärperson und zahlreichen Hehlern begangen worden sind. Zwölf Personen sind verhaftet worden.

Vertagung des italienischen Senats. Der Senat hat den Antrag Salandras auf Vertagung vom 24. März bis 6. April einstimmig angenommen.

Ausfuhrverbot. Die Ausfuhr von Zucker und zuckerhaltigen Artikeln aus Holland ist vorläufig verboten worden.

Das Wahlrecht entzogen. Reuter meldet: In Neu-Südwales (Australien) wurde den naturalisierten Untertanen aus feindlichen Ländern für die Dauer des Krieges das aktive und passive Wahlrecht entzogen. Es ist ihnen auch verboten, Gemeindeämter zu bekleiden.

Essad will auch dabei sein. Laut Mailänder Blättern ist Essad nach Paris abgereist, angeblich, um an der Ententekonferenz teilzunehmen.

Sieg eines Koalitionskandidaten. Der Rotterdamsche Courant meldet aus London: In der Ergänzungswahl für das Unterhaus in Leicestershire wurde der Koalitionskandidat Harris mit bedeutender Majorität gewählt.

Krieg und Wirtschaftsleben.

Amerika, du hast es besser.

Der Jahresabschluß des amerikanischen Stahltrusts, der mit seinen 6 Milliarden Mark Kapital an Aktien und Schuldverschreibungen die größte Gesellschaft der Welt ist, zeigt ein eindrucksvolles Bild des wirtschaftlichen Gedeihens der Vereinigten Staaten. Der Bestand an unerledigten Aufträgen am 1. März 1916 übertraf mit 8,6 Millionen Tonnen den bisherigen Rekord von 7,9 Millionen Tonnen im Dezember 1912. Die Preise sind kolossal gestiegen. Dementsprechend beträgt der Rohgewinn nach dem heutigen Kurs des Dollars ungefähr 775 Millionen Mark, der Reingewinn 580 Millionen Mark, die Dividende 175 Millionen Mark.

Versteckenspielen.

Das Berliner Tageblatt rügt, daß viele Aktiengesellschaften die infolge der fabelhaften Kriegsgewinne sehr hohen Tantiemen nicht gesondert ausweisen, sondern im Handlungsunkostenkonto verstecken. Und warum? „Aus dem einfachen Grund, weil bei verschiedenen Aktiengesellschaften die Gewinne im Vergleich mit der Friedenszeit außerordentlich gestiegen sind und dementsprechend auch die Tantiemen eine Höhe erklommen haben, **vor denen den Empfängern bangt.** Nicht, weil sie das Geld nicht nehmen möchten, aber sie fürchten offenbar den Neid der Aktionäre, vielleicht auch den der **Arbeiter und Angestellten.**" „In besonders unschöner Weise" spielt die **Licht- und Kraft-A.-G. Sachsenwerk** Verstecken. Im letzten Bericht wies sie 74 205 Mk. für Aufsichtsrat **und** Vorstand zusammen aus, in diesem 76 789 Mk. für den **Aufsichtsrat allein,** während die Vorstandstantieme schamhaft verheimlicht ist.

Hamsternde Bauern.

Ein Mitarbeiter des Berliner Tageblatts hat auf einer Fahrt durch die Mark Brandenburg festgestellt, daß die Landbevölkerung über große Vorräte an Fleisch und Fett verfügt. So wurde dem Berichterstatter erzählt: „Wir haben den Krieg bei der Lebensmittelversorgung bisher nicht gespürt. . . . In den ländlichen Haushaltungen haben die Hausschlachtungen einen ungewöhnlich großen Umfang angenommen, und die Fettschränke der Hausfrauen füllen sich. **Vielfach hat man noch nicht einmal den Speck und die Würste und Schinken des vorigen Jahres aufgezehrt, und schon hängen die Räucherkammern wieder voll mit neuer Ware.** Will man jedoch von diesem Ueberfluß käuflich etwas erwerben, dann wird man abgewiesen. Nicht, daß die Landwirte mit dieser Zurückhaltung einen besonderen Gewinn erzielen wollen — sie fürchten nur, es könnten noch härtere Zeiten kommen, und dann würde man diese Vorräte gut gebrauchen können. Auch das Gespenst einer Beschlagnahme der Schweine spukt in den Köpfen der Bauernschaft." In den Städten in der näheren Umgebung Berlins herrschen dieselben betrüblichen Verhältnisse wie in der Reichshaupt- und Residenzstadt, was sich ohne weiteres daraus erklärt, daß für diese Orte nicht die landwirtschaftliche Umgebung, sondern Berlin Lieferant ist. Trotzdem fallen Klagen besonders über die Kartoffelversorgung auf, da in normalen Zeiten hier — eine Ausnahme von der Regel — nicht Berlin Großmarkt ist, sondern die Umgebung liefert. In Brandenburg und Eberswalde müssen die Kartoffeln Hunderte von Kilometern weit bezogen werden, während die Vorräte der großen Kartoffelbauern vor den Toren der Städte unangreifbar sind.

Ein neuer fabelhafter Abschluß.

Das Hüttenwerk Niederschöneweide A.-G. vorm. Ginsberg erzielte 1915 einen Rohgewinn von 6,5 gegen 1,6 Mill. Mark in 1914 bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark. Diese Höhe wurde aber erst im Oktober des Vorjahres durch eine Kapitalvermehrung um 1,45 Mill. Mk. erreicht. Die Gesellschaft verteilt jetzt wie im Vorjahr 16 Prozent Dividende, schüttet aber außerdem 84 Prozent des Aktienkapitals oder 1 302 000 Mk. besonders aus, so zwar, daß die neuen Aktien fast zurückgezahlt sind. Das wahrhaft glänzende Ergebnis, das trotz der Kriegsgewinnsteuerrücklage erzielt werden konnte, rührt aus der höchst profitablen Verwendung alter Bestände und der gewinnbringenden Lohnarbeit für die Regierung her. Da trotz stattlicher Erweiterungen das Gebäudekonto nicht nur keinen Zugang erfährt, sondern darauf 170 000 Mark abgeschrieben werden, und da ferner auch die übrigen Anlagekonten mit Ausnahme der Grundstücke bis auf je eine Mark abgeschrieben sind, so war die Kapitalerhöhung sachlich überflüssig und hatte nur den Zweck, den Gewinn im Verhältnis zum Kapital geringer erscheinen zu lassen, als er tatsächlich ist.

Wucher des Kohlensyndikats.

In Königsberg i. Pr. ist der Gaspreis um 60 Prozent, von 12 auf 19,2 Pfg. pro Kubikmeter erhöht worden, weil die Kohlenpreise außerordentlich gestiegen sind. Ein Stadtverordneter berechnete an der Hand der Kohlenangebote, die der Elektrizitäts- und Straßenbahn-Aktiengesellschaft gemacht worden sind, daß **die Stadt 875 000 Mark zu viel für Kohlen bezahle.** Der Dezernent, Stadtbaurat Werner, bestritt nicht die Richtigkeit dieser Zahlen, sondern meinte, daß **die Stadt auf das Syndikat angewiesen sei und ihm die Preise zahlen müsse, die es verlange.** In der bürgerlichen Presse Königsbergs wird deshalb die Frage aufgeworfen, ob nicht auf Grund der Verordnung gegen übermäßige Preisforderungen gegen das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat vorgegangen werden könnte.

Handelsbilanz und Weltkrieg.

Rio de Janeiro, 24. März. (Agence Havas.) Die Einfuhr im Januar überstieg die desselben Monats des Vorjahres um 42 Prozent; die Ausfuhr überstieg die Einfuhr um 68 Prozent. Die Zoll- und sonstigen Einnahmen im Monat Februar weisen eine Vermehrung von 26 Prozent in Gold und 24 Prozent in Papier auf.

Die Japaner im Pazific.

Haag, 24. März. Der Nieuwe Courant erfährt, daß die Dampfschiffahrtsgesellschaft Osaka-Yusen-Kaisha von April an einen monatlichen Dampferverkehr von Formosa nach den Philippinen eröffnen wird.

Soziale Rundschau.

Die Unfallversicherung im Jahre 1914.

Der Krieg, der die Arbeiter aus den Fabriken nahm und den Betrieb überall einschränkte, hat auch die Unfallziffer zurückgehen lassen. Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1914 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich auf 124 086 gegen 139 693 im Vorjahre, es ist also eine nicht unerhebliche Abnahme zu verzeichnen. Darunter waren 9401 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 703 Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit. Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Jahre 1914 die erste Rente erhalten haben, beträgt 18 953 gegen 20 608 im Jahre 1913. Darunter befinden sich 6104 Witwen, 12 473 Kinder und Enkel und 376 Verwandte in aufsteigender Linie. Die Anzahl aller im Jahre 1914 überhaupt gemeldeten Unfälle beträgt 704 978 gegen 789 373 im Jahre 1913. Diese Riesenzahlen beziehen sich auf 117 Berufsgenossenschaften, 191 staatliche Ausführungsbehörden und 372 Ausführungsbehörden von Gemeinden und Gemeindeverbänden, zusammen 563 Ausführungsbehörden. An Renten wurden gezahlt 177 788 763,53 Mk. gegen 175,3 Millionen Mark im Jahre 1913. Die Gesamtausgaben der 117 Berufsgenossenschaften belaufen sich auf 205 480 380 Mk., denen als Einnahmen 200 238 924 Mk. gegenüberstehen. Unter den Ausgaben befinden sich 852 072 Mk. für die Kosten des Rechtsganges, 2½ Mill. Mk. für die Unfallverhütung, 18,6 Mill. Mk. für laufende Verwaltungskosten, 2,3 Mill. Mk. für die besondere Verwaltung und 7,4 Mill. Mk. an Zuschlägen und Ergänzungen für die Rücklagen.

Der Vermögensbestand der Berufsgenossenschaften belief sich am Schluß des Jahres 1914 auf 580 023 898 Mk.; er weist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von fast 4 Mill. Mk. auf.

Ausdehnung der Kriegsbeihilfen an Unterbeamte.

Im September v. J. waren den gering besoldeten Beamten im Reich und in Preußen aus Anlaß der durch den Krieg verursachten Preissteigerung der notwendigsten Bedarfsgegenstände Kriegsbeihilfen gewährt worden. Anspruch darauf haben Kanzlei- und Unterbeamte mit einem oder mehreren Kindern bis zu einer Gehaltsgrenze von 2100 Mk. Dieser Erlaß des Reichskanzlers bezw. der preußischen Regierung ist nunmehr dahin ergänzt worden, daß mit Wirkung vom 1. März d. J. an die Höchstgrenze des für die Gewährung der Kriegsbeihilfen in Betracht zu ziehenden Diensteinkommens für die ständig gegen Entgelt beschäftigten Beamten unter Berücksichtigung des Durchschnittsbetrags des Wohnungsgeldzuschusses für Unterbeamte auf 2400 Mk. festgesetzt wird.

Gebührenfreiheit beim Kaufmannsgericht.

Der Stadtmagistrat in Augsburg beschloß, bei Klagen vor dem Kaufmannsgericht Gebühren nicht mehr zu erheben. Die Gebühren beim Gewerbegericht sind schon vor einiger Zeit in Wegfall gekommen.

Von Nah und Fern.

Mißgeschick der Expedition Shakleton.

London, 24. März. Reuter erfährt, daß von Shakleton schlechte Nachrichten eingetroffen sind. Das **Expeditionsschiff Aurora treibe im Antarktischen Meer,** nachdem es sich von seinem Ankerplatz Roßmeer losgerissen hatte, während sich eine Gesellschaft von zehn Personen mit dem Kapitän Mac Kintosh an Land befanden. Shakleton wird also, falls es ihm gelingen sollte, den Kontinent zu durchqueren, kein Schiff vorfinden, und auch die Gesellschaft wird ein weiteres Jahr an der Küste des Roßmeeres bleiben müssen.

Speiseanstalten.

† I. Speiseanstalt Johannisplatz 9.
* II. Speiseanstalt Töpferstraße 1.
*† III. Speiseanstalt Münzgasse 24.
*† IV. Speiseanstalt L.-Tl., Spegelstraße 18.
*† V. Speiseanstalt L.-Gell., Wurzner Str. 55.
VI. Speiseanstalt L.-Go., Neue Hallische Str. 125.
VII. Speiseanstalt L.-Stö., Wasserturmstr. 5.
VIII. Speiseanstalt Neues Leihhaus, Hörnitzstraße.
IX. Speiseanstalt L.-Mz., Gerberstraße 77.
* X. Speiseanstalt Bayerische Straße 47.
XI. Speiseanstalt L.-Mo., Weststraße.
XII. Speiseanstalt L.-Sl., Lützner Str. 28, Hg.
XIII. Speiseanstalt L.-Sch., Leipziger Str. 25.
XIV. Speiseanstalt L.-Co., Stötteritzer Straße 183, Hg.
Volksküche L.-Reu., Marschallstraße 3.

Speisenausgabestellen:
VI b. L.-Gu., Kinderbewahranstalt, Seitengasse 2.
VIII b. L.-Go., Gohlis Str. 38, Eing. Ehrenhainstr.
XIV b. L.-Co., Lohsdörfer Str. 14.
Abendküche L.-Li., Gneisstr. 2.

Das Tagesgericht wird durch Anschlag in der Anstalt bekannt gemacht.
* Abendküche werktags 6—8 Uhr.
Speisenausgabe: Werktags von 11 Uhr vorm. an, bei † auch Sonntags.

In der Speiseausgabestelle L.-Eutritzsch, Kinderbewahranstalt, wird nur Montags und Donnerstags von ½12—1 Uhr Mittagessen verabreicht.

In den Fabriken, Werkstätten, Kontoren
muß jeder Genosse
neue Leser für die Volkszeitung werben!

Genossen! Besucht Euer Volkshaus!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19160325/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG